

## ÖDP fordert ein Ende der Massentierhaltung

**Aiterhofen/München.** (ta) Die Forderung nach mehr Lebensmittelkontrollen wird nach Ansicht der ÖDP Skandale wie bei „Bayern-Ei“ nicht verhindern können, weil Betriebe dieser Größenordnung überhaupt nicht mehr kontrollierbar seien. „Nur eine Abkehr von der industriellen Massentierhaltung führt zu einer skandalfreien und ethisch verantwortbaren Lebensmittelproduktion“, betont der niederbayerische ÖDP-Vorsitzende Urban Mangold (Passau) in einer Pressemitteilung. Er bezieht sich auch auf Aussagen des Deggendorfer Landrats Christian Bernreiter (CSU) im Bayern-Ei-Untersuchungsausschuss, der eine unzureichende Personalsituation kritisiert hatte (wir berichteten).

Die ÖDP fordere zudem eine „bodengebundene Tierhaltung“. „Es dürfen nur so viele Tiere gehalten werden, wie Boden für Futtererzeugung und Mistausbringung auf dem Betrieb vorhanden ist“, so Mangold.

### ANZEIGE

**Heute lesen**  
Deine Zeitung in der Zeitung.

**fre!**  
stunde  
Deine Zeitung in der Zeitung.

Freitag, 10. November 2017  
Werbung der Wirtschaftsredaktion

habe Freistunde-Leer... (6)

Ich noch die wichtigsten...  
die wissen, dass die...  
deutsche nicht Rechtschreibung...  
einfach ist.

Wir möchten nicht...  
eine Freistunde Redaktion

Legen sie! Acht auf deine Rechtschreibung!  
Als Hausaufgabe den Satz zehn Mal...  
richtig schreiben.

## Bezirk senkt erneut die Umlage: 19,5 Prozent

Die Eckdaten des Bezirkshaushalts 2018 hat Bezirkstagspräsident Olaf Heinrich am Donnerstag in Landshut den Fraktionsvorsitzenden von CSU und SPD sowie den Bezirkstagsmitgliedern der Freien Wähler, von FDP, Grünen, ÖDP und der Bayernpartei vorgestellt. Das mehrheitliche Ergebnis der Vorbesprechung: Die Bezirksumlage soll 2018 auf 19,5 Prozent festgesetzt werden. Sie wird damit in zwei aufeinanderfolgenden Haushaltsjahren gesenkt – in 2017 um 1,0 Prozentpunkte und 2018 um 0,5 Prozentpunkte.

Ermöglicht wird die Senkung laut Heinrich aufgrund der steigenden Umlagekraft um 7,4 Prozent, mit der Niederbayern an zweithöchster Stelle von allen sieben bayerischen Bezirken rangiere – zudem durch den Einsatz von Mitteln aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von 4,8 Millionen Euro sowie eine geplante Kreditneuaufnahme von rund 6,7 Millionen Euro. Heinrich verweist auf eine Entlastung der Umlagezahler um insgesamt rund 7,2 Millionen Euro: „Wie in den vergangenen Jahren wollen und werden wir alle Spielräume zur Entlastung unserer Umlagezahler nutzen und haben uns daher auf die Reduzierung des Hebesatzes verständigt.“

Heinrich warnt aber auch vor stetig steigenden Ausgaben: Das Defizit bei den Förder- und Werkstätten für Menschen mit Behinderung, der Hilfe zur Pflege und der Eingliederungshilfe steigt um rund 12 Millionen Euro. Und auch durch die Übernahme der ambulanten Pflege ab dem Jahr 2018 würden weitere Kosten auf die Bezirke zukommen.

Der Bezirkstag wird in einer Sitzung am 20. Dezember über den Haushalt 2018 beschließen.

# Zaubertrank statt Terrorgefahr

Pärchen bestellt Chemikalien für Experimente – Polizei: „Das ist alles legal“

Von Christine Ascherl

**Weiden/Erbendorf.** Vor Kurzem löste ein Pärchen einen ungewöhnlichen Einsatz in Erbendorf (Kreis Tirschenreuth) aus. Einem Zeugen war aufgefallen, dass sich das Paar größere Mengen Chemikalien hatte liefern lassen (wir berichteten). Er befürchtete das Schlimmste und alarmierte die Polizei. Nun ist klar: Die beiden Hobby-Alchemisten wollten nach eigener Auskunft aus Kräutern und Edelmetallen ein Elixier gewinnen, das die Denkleistung beschleunigt und zu ewigem Leben verhilft.

Das Paar ist an sich schon schillernd genug. Er, 28 Jahre, Deutscher. Sie, 36, gebürtige Amerikanerin. Vielversprechende Karrierestarts liegen hinter ihnen. Beide haben studiert: Wirtschaftslehre und Psychologie. Er war Stipendiat der Universität. Für die Mitbegründung eines Sozialunternehmens wurde er seit 2014 international ausgezeichnet. Er stand auf einer Forbesliste für junge Entrepreneure. Sie hat promoviert. Ihre Dissertation, erschienen 2014, beschäftigt sich mit Ethik im Spitzensport. Die 36-Jährige hat im Sportmanagement gearbeitet, war zwölf Jahre mit einem Olympiateilnehmer verheiratet.

Dann der Bruch. 2015 verließ der Schwabe das Unternehmen und ging auf Weltreise: Karibik, Südamerika, USA. Darüber berichtet er auf allen erdenklichen Social-Media-Kanälen. Im Juni reißt der Informationsfluss plötzlich ab. Der letzte Facebook-Eintrag stammt aus Las Vegas. Nach fünf Jahren Absenz sei er an den Spieltisch zurückkehrt: „Looking for a poker coach.“

Was spült dieses Paar ausgerechnet in die Oberpfalz? Zum einen die Leidenschaft fürs Pokern. Der 28-Jährige besucht mehrfach das



Mit Metallen und Kräutern zu experimentieren, ist nicht verboten. (Foto: dpa)

„King's Casino“ im tschechischen Rozvadov (Roßhaupt). Zum anderen bietet die Oberpfalz günstige und abgelegene Unterkünfte. Schon vor seinem Aufenthalt im Steinwaldhaus ist das Paar in der Region: Es bucht eine Ferienwohnung in der Nähe von Windischeschenbach.

### Hotelpersonal wundert sich

Anschließend zieht das Paar weiter ins Hotel „Steinwaldhaus“, das in Nebengebäuden Apartments anbietet. Dort bleibt das ungewöhnliche Gebaren der Gäste nicht lange verborgen. Das Hotelpersonal wundert sich über die Anlieferung von etlichen Paketen mit Chemikalien. Die Polizei stellt später unter ande-

rem Zehn-Liter-Kanister mit Aceton sicher. Auf dem Balkon stehen fünf Liter Essigsäure. Es finden sich Salpetersäure, Chlorwasserstoffsäure, eine schwache Lösung Wasserstoffperoxid. Dazu Metalle wie Kupfer und Platin. Und Kräuter, beispielsweise Mistelzweige.

Aceton und Metallpulver, dazu der markante Bart, der dem einstigen Jungunternehmer bis zur Brust reicht – bei einem Zeugen schrillen die Alarmglocken. Völlig zu Recht, wie Polizeidirektor Klaus Müller noch einmal ausdrücklich betont. „Es gab ausreichend Verdachtsmomente. Es war wichtig und absolut richtig, die Polizei zu alarmieren.“ Die gleichen Zutaten werden beim „Bombenbauen“ verwendet.

Am 27. Oktober entschließt sich die Polizei zum Einsatz. Als das Paar das Hotel verlässt, halten Beamte den Wagen auf. Im Mietwagen werden 20 Liter chemische Flüssigkeit sichergestellt. In der Ferienwohnung stößt die Polizei auf die Chemikalien. Außer zwei ansteckbaren Herdplatten und diversen Glasgefäßen gibt es keine weiteren Apparaturen. Endprodukte finden sich nicht. Die Stoffe sind inzwischen mehrfach überprüft worden. Fazit: Es handelt sich um Freimengen von frei beziehbaren, frei lagerbaren Chemikalien. Müller: „Es ist nicht verboten, mit Kräutern zu experimentieren. Es ist nicht verboten, sich aus Wissen aus dem esoterischen Bereich zu bedienen. Und alles drei zusammen auch nicht.“ Es bestehe keinerlei Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung.

### Ziel: ein Zaubertrank

Was sie da eigentlich brauen wollten, hat zumindest die 36-Jährige bei der Kripo erklärt: eine Art Zaubertrank. Man wollte durch die Auflösung der Metalle ein Konzentrationssteigerndes Mittel finden, das zugleich zur Unsterblichkeit verhilft. Nach der Befragung in Weiden durften der 28-Jährige und die 36-Jährige ins Hotel zurückkehren. Sie blieben bis Donnerstag, 2. November, dann reisten sie über Nacht ab. Laut Staatsanwaltschaft ist das Paar „völlig frei“ in der Wahl seines Aufenthaltsortes.

„Es bleibt möglicherweise wenig Strafbares übrig“, meint Leitender Oberstaatsanwalt Gerd Schäfer. Bei den Durchsuchungen fanden die Beamten geringe Menge Drogen. Es handelt sich dabei um Cannabis und ein undefinierbares Bröckchen chemischer Drogen, eventuell Amphetamine.

# Entscheidung für die „vernünftigste Lösung“

Bezirkstag spricht sich für Sitzuteilung nach Sainte-Laguë/Schepers aus

**Landshut.** (skl) Mit einer untypischen, aber keineswegs unwichtigen Angelegenheit hatte sich der Bezirkstag in seiner Sitzung am gestrigen Donnerstag zu beschäftigen. Es ging um das Verfahren, mit dem künftig die Sitzverteilung bei Kommunal- und Bezirkstagswahlen ermittelt werden soll. Das durchaus überraschende Ergebnis: Der Bezirkstag spricht sich weder für die Wiedereinführung des d'Hondtschen noch für die Beibehaltung des Hare-Niemeyerschen, sondern für die Einführung des Verfahrens nach Sainte-Laguë/Schepers aus.

Der Hintergrund: Die CSU-Landtagsfraktion hatte sich im März für eine Rückkehr zum Sitzverteilungsverfahren nach d'Hondt eingesetzt und damit eine ungewöhnlich einige Reaktion bei den kleinen Parteien im Bezirkstag hervorgerufen. Die Räte von Freien Wählern, Grünen, ÖDP, Bayernpartei und FDP stellten den Antrag, der Bezirkstag möge sich gegen die Änderung und für die Beibehaltung von Hare-Niemeyer aussprechen. Die Bezirkstagsmehrheit allerdings legte den Antrag so lange auf Eis, bis das Ergebnis einer Expertenanhörung im Landtag vorliegen würde. Dies ist nun der Fall.

Josef Fröschl, Direktor der Bezirksverwaltung, gab eine kurze Zusammenfassung dieser Anhörung. Der verfassungsrechtlich gebotene gleiche Erfolgswert jeder abgegebenen Stimme (das heißt, das Wahlergebnis spiegelt sich in der Sitzverteilung möglichst genau wider) sei mit keinem bekannten Verfahren vollständig zu erreichen. Je kleiner das Gremium, desto gravierender die Auswirkungen. Der Be-

zirkstag mit seinen 18 Sitzen zeigt das deutlich: So hat die CSU mit knapp 50 Prozent der Stimmen aus den letzten Bezirkstagswahlen gegenwärtig neun Sitze nach Hare-Niemeyer; nach d'Hondt hätte sie jedoch elf Sitze erhalten, während Bayernpartei und FDP leer ausgegangen wären.

Allerdings hat auch das vermeintlich „gerechtere“ Verfahren seine Schwächen. So kann hierbei der Erfolgswert einer Stimme bei den kleineren Parteien sehr starke Unterschiede aufweisen. Sainte-Laguë/Schepers vermeidet laut der Experten die größten Schwächen von d'Hondt und Hare-Niemeyer und sichert am besten den gleichen Erfolgswert der Wählerstimmen.

Damit war dem Antrag der fünf „Kleinen“ die Spitze genommen. Anton Deller (FDP) zeigte sich zufrieden, dass „D'Hondt wohl gestorben“ und „die große Partei gescheitert“ sei. Er interpretiere die Empfehlung für Sainte-Laguë/Schepers allerdings so, dass man „dabei ist, das Zweitbeste für die große Partei

auszusuchen“. Nach Sainte-Laguë/Schepers hätte die CSU gegenwärtig zehn Bezirkstagsitze, die FDP dagegen keinen. Urban Mangold von der ÖDP sagte, er könne mit Sainte-Laguë/Schepers leben, es gebe jedoch keinen Grund, das Zählverfahren zu ändern. Bayernpartei-Vertreter Anton Maller warf einen anderen Gesichtspunkt in die Debatte: „Hare-Niemeyer geht einfach am besten von der Zunge.“

Markus Scheuermann von den Grünen hingegen war „mathematisch mit Sainte-Laguë/Schepers einverstanden“. Angesichts dessen jedoch, wie es dazu gekommen sei, „stellen sich mir die Haare noch mehr auf als sonst“. SPD-Rätin Rita Röhl kontierte, mit ihrem Vertretungsantrag richtig gelegen zu haben. Dieser habe erst ermöglicht, nach dem Verfahren zu suchen, das den Wählerwillen am besten abbilde. Wie Scheuermann brach auch Johannes Weinzierl von den Freien Wählern aus der Antrags-Phalanx aus. Ihm gehe es um die vernünftigste Lösung. Er hoffe, „dass die

Mehrheitspartei das auch so sieht“. Darauf deutet im Moment jedenfalls alles hin. Wie CSU-Innenexperte Florian Herrmann am Mittwoch verlauten ließ (wir berichteten in der Donnerstagsausgabe auf der Seite 2), will sich die CSU-Fraktion im Landtag für eine Umstellung auf das Sitzverteilungsverfahren nach Sainte-Laguë/Schepers einsetzen. Sie ist somit offensichtlich zum selben Schluss gekommen wie Bezirkstagspräsident Olaf Heinrich (CSU) zum Ende der Diskussion gestern: „Nach der Expertenanhörung ist klar, dass Sainte-Laguë/Schepers gewählt werden muss.“ Das Verfahren müsse dann auch „unbedingt für alle kommunalen Ebenen gelten“.

Der schließlich mit sehr deutlicher 13:3-Mehrheit angenommene Beschlussvorschlag sieht nun vor, dass sich der Bezirkstag für die Einführung von Sainte-Laguë/Schepers ausspricht, sollte eine Änderung beschlossen werden. Der zuständige Ausschuss im Landtag berät darüber Anfang Dezember.



Mit dem im Vorfeld durchaus umstrittenen Thema des Sitzverteilungsverfahrens bei Kommunalwahlen befasste sich der Bezirkstag am Donnerstag. (Foto: skl)